



Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 17. Mai 2018

von

Klubobmann GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Umgang mit Studienergebnissen der Stadt-Land-Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Luftqualität durch Reduktion des Individualverkehrs

In der Gemeinderatssitzung am 16. Juni 2016 wurde ein Dringlicher Antrag von GRⁱⁿ Alexandra Marak-Fischer mit den Stimmen von ÖVP, KPÖ, SPÖ und Grünen beschlossen. Inhalt des Antrages war ein Ersuchen des Grazer Gemeinderates an das Land Steiermark, Maßnahmen zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs - und zwar konkret die planbaren autofreien Tage, verschiedene Modelle des Roadpricings sowie der Parkraumbewirtschaftung - zu untersuchen und hinsichtlich ihres Beitrages zu einer verbesserten Luftqualität zu bewerten.

In der Folge beauftragte die Stadt-Land-Arbeitsgruppe externe ExpertInnen des Umweltbundesamt und in Folge der Technischen Universität Graz mit einer Studie zur Prüfung der genannten Maßnahmen. Finanziert wurde die Studie von Landesrat Lang in der Höhe von rd. 144.500 €. Eine erste Zwischenpräsentation der Ergebnisse in der Land-Stadt-Arbeitsgruppe ist bereits erfolgt, die Endpräsentation für den 6. Juni avisiert.

Welche Antworten liefert uns nun diese Studie? Sie gibt uns Antworten darauf, wie hoch die Schadstoffeinsparungen bei welcher Maßnahme sind, wie sie sich auf den Modal Split auswirken und welche Vorteile und Nachteile, Chancen und Risiken jede der drei Maßnahmen beinhaltet. Die Studie liefert uns also eine lang erwartete, faktenbasierte Grundlage für die Entscheidung, welche Maßnahme im Bereich des motorisierten Individualverkehrs in Graz gesetzt werden muss, um eine spürbare Luftverbesserung zu erreichen.

Verkehrs- und Umweltlandesrat Anton Lang hat sich schon mehrfach dazu positioniert, wie er gedenkt, mit der Studie und deren Ergebnissen umzugehen: Sollte die Stadt Graz eine klare Entscheidung treffen, welche Maßnahme zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs gesetzt

werden soll, so wird das Land diese auch umsetzen. Der Ball liegt also bei der Stadt Graz.

Und genau dieser Verantwortung muss sich die Stadt Graz, müssen Sie sich, Herr Bürgermeister und müssen sich alle Fraktionen hier im Grazer Gemeinderat stellen. Angesichts der dramatisch schlechten Luftsituation in unserer Stadt, angesichts der massiven gesundheitlichen Belastung gerade von Kindern und älteren Menschen in unserer Stadt, ist es unverantwortlich, diese Entscheidung nicht zu treffen oder sie wieder einmal auf die lange Bank zu schieben.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich Haltungen zum Thema Reduktion des motorisierten Individualverkehrs ändern. Am 18. Jänner des heurigen Jahres haben Sie, Herr Bürgermeister, medial kundgetan, dass Sie sich *„Fahrverbote immer wieder gewünscht haben“*. Wenn wir nun die Ausgabe der selben Zeitung vom Wochenende aufschlagen, dann müssen wir lesen, dass Sie - noch bevor überhaupt die Studienergebnisse präsentiert wurden - *„mittlerweile von Ihrem Wunsch nach Fahrverboten abgerückt sind“*.

Welches Bild gibt das für die Grazerinnen und Grazer, die sich um ihre Gesundheit und die ihrer Kinder Sorgen machen, aber lediglich mit immer neuen Versprechungen abgespeist werden? Wie sehr werden sie Politik überhaupt noch ernst nehmen? Wie ernst nehmen wir selbst noch unsere eigenen, hier im Gemeinderat beschlossenen Anträge und Anliegen an das Land, wenn wir Studien in Auftrag geben lassen, dafür öffentliches Geld ausgegeben wird und uns dann nicht einmal ernsthaft mit den Ergebnissen, mit den Daten und Fakten auseinandersetzen wollen?

Angesichts der dringenden und unbestreitbaren Notwendigkeit, im Bereich des motorisierten Individualverkehrs Maßnahmen zu setzen, um die Luftqualität in Graz spürbar und nachhaltig zu verbessern und die Gesundheit der Grazer Bevölkerung zu schützen, stelle ich daher folgenden

Dringlichen Antrag

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird beauftragt, nach Präsentation der Studienergebnisse zu den Maßnahmen im Bereich motorisierter Individualverkehr im Rahmen der Stadt-Land-Arbeitsgruppe am 6. Juni umgehend die Mitglieder des Stadtsenates sowie die Mitglieder des Verkehrsausschusses und des Umwelt- und Gesundheitsausschusses zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen. In dieser Sitzung sollen die Studienergebnisse präsentiert, diskutiert und bewertet werden sowie die notwendigen Schritte für eine politische Entscheidung zu den vorgeschlagenen Maßnahmen definiert werden.